

Dienstag 13. Oktober 2020

Nummer 907

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Der Europäische Rat: ein selbsternannter "Souverän", der kein Leitbild verfolgt

Autor : Jean-Guy Giraud



Im Laufe der Zeit hat sich der Europäische Rat zum eigentlichen Nervenzentrum der Europäischen Union entwickelt. Er tritt immer häufiger zusammen, geht auf Detailfragen ein und geht über seine im Vertrag festgelegten Aufgabenbereiche hinaus. Eine Reform der Arbeitsweise und der Beziehungen zu den anderen Institutionen würde es ermöglichen, diese Tendenz zu korrigieren.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Wahlen : Litauen **Stiftung** : Veröffentlichung/Schuman-Bericht - Parlamente/Covid - Belarus - Gesundheit/Europa **Kommission** : Erweiterung - Fischerei - Investitionen - Beschäftigung/SURE - Sinti und Roma **Parlament** : Kommissare - Klima - Rechtsstaatlichkeit - Tunnel/Ärmelkanal **Rat der Europäischen Union** : Migration/Asyl - Justiz - Wirtschaft/Finanzen - Neustart - Koordination **Diplomatie** : Ukraine - Russland - Berg-Karabach - Belarus **Gerichtshof** : Daten - Ungarn - Richter **EU-Rechnungshof** : Plastik **Europäische Agenturen** : Cyberkriminalität - EBWE **Spanien** : Neustart **Griechenland** : Justiz **Italien** : Gesetz/Migration **Polen** : Neuordnung - Gazprom **Großbritannien** : Brexit/Ulster **Europäischer Menschengerichtshof** : Türkei **WTO** : Prognosen **IWF** : Neustart/Wirtschaft **Kultur** : Design/Lille - Ausstellung/Genf - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Florenz - Kunst/Marseille - Ausstellung/Warschau - Ausstellung/Madrid - Ausstellung/Paris - Buch/Frankfurt am Main

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Konservative Opposition gewinnt die erste Runde der litauischen Parlamentswahlen



Die Union der Patriotischen Christdemokraten (TS-LKD), die wichtigste Oppositionspartei in Litauen, gewann ersten Wahlgang der Parlamentswahlen am 11. Oktober mit 24,8% der Stimmen. Sie gewann 23 Sitze in den 70 Wahlkreisen, die nach dem Verhältniswahlrecht stimmten. Sie überholte die Bauern- und Grünen Partei (LVZS) des scheidenden Premierministers Saulius Skvernelis, die 17,5 Prozent der Stimmen und 16 Sitze erhielt. 68 Sitze sind im zweiten Wahlgang am 25. Oktober im Rahmen des Ein-Mann-Wahlkreissystems noch zu besetzen (im ersten Wahlgang wurden 3 Kandidaten gewählt). Für die LVZS könnte es schwierig werden, an der Macht zu bleiben, da es ihren beiden Koalitionspartnern nicht gelungen ist, die Schwelle zur Vertretung im Seimas, der einzigen Kammer des Parlaments, zu überschreiten...

[Fortsetzung](#)

Stiftung :

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"

Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, den Stand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer



Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form erschienen, in Französisch und Englisch verfügbar. Mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten, mit Originalkarten und kommentierten Statistiken, bietet dieser Bericht einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen... [Fortsetzung](#)

Parlamente in Zeiten des Coronavirus



In Partnerschaft mit einem europäischen universitären Forschungsnetzwerk, das von der Universität Lille 2016 zum Thema "Parlament und Zeit" initiiert wurde, lanciert die Stiftung eine neue Reihe von Berichten, die über "die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf die Funktionsweise der nationalen Parlamente" in Europa berichten sollen. Die ersten beiden Veröffentlichungen betreffen Frankreich und Großbritannien, zwei besonders von der Pandemie betroffene Staaten, die je nach Zeitrahmen und auf der Grundlage spezifischer rechtlicher Mechanismen unterschiedlich reagiert haben... [Fortsetzung](#)

Belarus: Chronologie einer Revolution



Seit den "manipulierten" Präsidentschaftswahlen vom 9. August protestiert das belarussische Volk gegen die fortgesetzte Herrschaft von Alexander Lukaschenko. Während sich die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja, die bereits mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammengetroffen und vor französischen Abgeordneten gesprochen hat, weiterhin im Exil in Litauen aufhält, halten die Verhaftungen von Gegnern und die Polizeigewalt an. Die Europäische Union ruft zum politischen Dialog auf und verhängt Sanktionen gegen Personen aus dem Regime. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Während die Pandemie in Europa weiterhin präsent ist, bemühen sich die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Bedingungen für die Aufrechterhaltung sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten zu bestimmen. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die nun beginnende Zeit zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

9 Milliarden € für den Balkan



Am 6. Oktober legte die Kommission die Prioritäten für die Verhandlungen mit offiziellen und potentiellen Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft fest und schlug insbesondere einen Wirtschafts- und Investitionsplan in Höhe von 9 Milliarden Euro vor, um die wirtschaftliche Konvergenz mit dem Balkan zu fördern. Die Jahresberichte zeigen, dass der wichtigste Knackpunkt für die Kandidatenländer nach wie vor die Themen Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Korruption, die Justiz und die Presse sind. Mit Montenegro werden seit 2012 und Serbien seit 2014 Beitrittsverhandlungen geführt, während sie mit der Türkei ins Stocken geraten sind (2005). Nordmazedonien und Albanien sind Beitrittskandidaten, haben aber noch keine Verhandlungen aufgenommen; Bosnien und Herzegowina und der Kosovo haben den Status potenzieller Kandidaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verhandlungen über ein Fischereiabkommen mit Großbritannien und Norwegen



Die Kommission schlug am 7. Oktober vor, Verhandlungen über ein Fischereiabkommen mit Großbritannien und Norwegen aufzunehmen. Man stellt fest, dass ein Abkommen durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union notwendig geworden ist, was unter anderem zur Folge hat, dass "bestimmte Fischbestände in der Nordsee nicht mehr als Bestände betrachtet werden können, die nur auf bilateraler Ebene zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Norwegen geteilt werden"... [Fortsetzung](#)

Inkrafttreten des Investitions-Screening-Mechanismus

Der Screening-Mechanismus für ausländische Investitionen trat am 11. Oktober in Kraft. Er erleichtert den Austausch von Informationen über ausländische Investitionen



in sensiblen oder strategischen Sektoren und ermöglicht es den Mitgliedsstaaten, Bedenken zu äußern. Der Mechanismus ermöglicht es der Kommission, Stellungnahmen abzugeben, wenn eine Investition eine Gefahr für die Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in mehr als einem Mitgliedstaat darstellt oder ein Projekt oder Programm von europäischem Interesse gefährdet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Soziale Verpflichtungen zur Finanzierung des SURE-Programms



Am 7. Oktober kündigte die Kommission die Einführung von Sozialanleihen zur Finanzierung des europäischen SURE-Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Die aufgenommenen Mittel bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt 100 Milliarden Euro werden in Form von Darlehen an die begünstigten Mitgliedstaaten weitergeleitet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Neuer strategischer Rahmen für die Integration der Sinti und Roma



Die Kommission legte am 7. Oktober einen Zehnjahresplan zur Unterstützung der Sinti und Roma in der EU vor. Der Plan enthält neue Ziele in sieben Aktionsbereichen: Gleichstellung, Eingliederung, Partizipation, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen. Die neuen Ziele sollten es ermöglichen, die Diskriminierung der Sinti und Roma, die Kluft in der Einkommensverteilung, die Lebenserwartung, den Wohnungsmangel und die Beteiligung an der Bildung von Kindern zwischen den Sinti und Roma und der allgemeinen Bevölkerung zu verringern... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Abgeordnete billigen Umbildung der Kommission



Das Parlament stimmte am 7. Oktober mit 515 bzw. 583 Stimmen der Umbildung der Kommission zu. Nach der Abstimmung im Plenum übernimmt der Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, das Handelsressort. Mairead McGuinness wird Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion. Beide Kandidaten wurden am 2. Oktober von den Europaabgeordneten befragt. Die Ernennung von M. McGuinness wurde am 12. Oktober formell vom Rat angenommen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Anhebung des Klimaneutralitätsziels auf 60%.



Am 8. Oktober haben die Europaabgeordneten eine Position im Rahmen der Verhandlungen über das europäische Klimagesetz verabschiedet. Sie fordern eine Reduzierung der Kohlenstoffemissionen um 60% bis 2030 und nicht um 55%, wie von der Kommission vorgeschlagen. Um dies zu erreichen, muss die Klimaneutralität für jeden Mitgliedstaat bis 2050 erreicht werden und nicht nur auf EU-Ebene. Sie fordern die schrittweise Abschaffung der direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2025 und die Schaffung eines Europäischen Rates für Klimawandel, um den Fortschritt und die Umsetzung dieser Politik zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

Vorschlag für einen Mechanismus zum Schutz der Werte der Union



In einer am 7. Oktober angenommenen Entschließung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, die Schaffung eines Mechanismus zum Schutz der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte vorzuschlagen, mit dem ein evidenzbasiertes, für alle Mitgliedstaaten geltendes Instrument geschaffen wird, mit dem die Union in die Lage versetzt wird, den Schutz ihrer Rechtsordnung, ihrer Werte und der Grundrechte der europäischen Bürger zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

Abstimmung über die Zusammenarbeit beim Kanaltunnel



Im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union haben die Abgeordneten am 8. Oktober zwei Vorschläge angenommen, mit denen Frankreich ermächtigt wird, eine Änderung des Vertrags von Canterbury auszuhandeln, der seit 1986 den Betrieb des Ärmelkanaltunnels regelt. Die europäischen Vorschriften zur Eisenbahnsicherheit und Interoperabilität müssen geändert werden, damit der derzeitige französisch-britische Ausschuss die zuständige Sicherheitsbehörde für die Anwendung des EU-Rechts auf die Tunnelbahnverbindung bleiben kann. Der Vorschlag muss nun vor dem 31. Dezember vom Rat genehmigt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Innenminister



Am 8. Oktober diskutierten die 27 Innenminister über den von der Kommission vorgelegten Pakt zu Migration und Asyl. Die deutsche Ratspräsidentschaft kündigte an, bis Dezember eine politische Einigung, insbesondere in der Frage der Grenzkontrollen, erzielen zu wollen, um während der portugiesischen Ratspräsidentschaft Fortschritte bei Gesetzesänderungen zu erzielen. Die Minister erörterten die mit Partnern aus Nordafrika und dem Westbalkan eingeleiteten Kooperationsstrukturen und bekräftigten ihre Bereitschaft, den Austausch von Polizeidaten zwischen den Ländern und Europol zu verbessern...

[Fortsetzung](#)

Treffen der Justizminister



Am 9. Oktober haben die Justizminister ihre Unterstützung für das Projekt zugesagt, das die Justizsysteme der Mitgliedstaaten dazu anregen soll, im Laufe der Verfahren verstärkt digitale Hilfsmittel einzusetzen. Die Minister erörterten die Achtung der Grundrechte im Hinblick auf künstliche Intelligenz und Digitalisierung, hatten einen Meinungsaustausch über Antisemitismus und Hassreden sowie den Kampf gegen sexuelle Gewalt an Kindern. Sie verfolgten die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Die 27 Wirtschafts- und Finanzminister kamen am 6. Oktober per Videokonferenz zusammen und erzielten eine Einigung über das Konjunkturprogramm, das noch mit dem Parlament verhandelt werden muss. Der Plan sieht einen Anteil von 37% für den ökologischen Übergang, einen Anteil von 20% für den digitalen Sektor und die Zuweisung von 10% der Mittel (672,5 Milliarden Euro) ab 2021 vor... [Fortsetzung](#)

Positionen zum Konjunkturprogramm



Der Rat nahm am 9. Oktober seinen Standpunkt zum europäischen Konjunkturprogramm an, das am 6. Oktober von den Wirtschafts- und Finanzministern ausgehandelt wurde. Der Vorschlag, der den Betrag von 672,5 Milliarden Euro bestätigt, sieht Mittel in Höhe von 312,5 Milliarden Euro für die Mitgliedstaaten vor, von denen 70% in den Jahren 2021 und 2022 und 30% im Jahr 2023 ausgezahlt werden sollen. Diese werden nach Vorlage der nationalen Pläne auf der Grundlage demographischer Kriterien, des Pro-Kopf-BIP und der Arbeitslosenquoten der letzten fünf Jahre zugeteilt. Für Darlehen von bis zu 360 Milliarden Euro beträgt die maximale Zuweisung 6,8% des BIP eines jeden Staates. Der Text muss nun mit dem Parlament verhandelt werden... [Fortsetzung](#)

Koordinierung von Bewegungsbeschränkungen



Am 13. Oktober nahm der Rat eine Empfehlung an, die darauf abzielt, die Maßnahmen zu koordinieren, die von den Mitgliedstaaten ergriffen werden, um den Bewegungen zwischen den Mitgliedstaaten infolge der Coronavirus-Pandemie einzuschränken. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wird dafür zuständig sein, die europäischen Regionen auf der Grundlage von drei Kriterien in drei Kategorien einzuteilen: die Zahl der neu gemeldeten Fälle pro 100 000 Einwohner in den letzten 14 Tagen, die Screening-Rate und die Rate der positiven Testergebnisse. Es wird den Staaten nicht erlaubt sein, die Freizügigkeit in oder aus den grünen Zonen zu beschränken. Für die Gelbe und die rote Zone fordert der Rat die Zulassung der obligatorischen Quarantäne und Tests, aber die Aufhebung der Reisebeschränkungen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

EU-Ukraine Gipfel



Am 6. Oktober trafen der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel und der Hohe Vertreter der EU Josep Borrell anlässlich des 22. Gipfeltreffens EU-Ukraine mit dem Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj zusammen. Sie bewerteten die Ergebnisse des seit 2017 geltenden Assoziierungsabkommens und einigten sich auf zu erfüllende Kriterien für die Wirtschaftshilfe, wie Wirtschaftsreformen, Korruptionsbekämpfung, Verbesserung der Situation von Medien und die Visafrage. Die Ukraine kündigte ihre Absicht an, sich den Programmen European Horizon Europe und EU4Health anzuschließen... [Fortsetzung](#)

Deutsch-französische Forderung nach neuen Sanktionen gegen Russland



Am 7. Oktober forderten die französischen und deutschen Außenminister Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas gemeinsam europäische Sanktionen gegen Russland wegen der Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Navalny am 20. August. Die beiden Länder sind der Ansicht, "dass es für die Vergiftung von Herrn Navalny außer der russischen Verantwortung und Beteiligung keine plausible Erklärung gibt". Die beiden Minister werden zusätzliche europäische Sanktionen gegen Personen und Organisationen vorschlagen, die an diesem Verbrechen beteiligt waren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Erklärung zur Lage in Berg-Karabach



Der Hohe Vertreter Josep Borrell sagte am 11. Oktober, dass die Europäische Union das Waffenstillstandsabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan vom 10. Oktober unterstützt, äußerte jedoch die "äußerste Besorgnis" der Union über die anhaltenden militärischen Aktivitäten in Berg-Karabach und den Schaden, der dadurch der Zivilbevölkerung zugefügt wird. Er forderte beide Staaten auf, das Abkommen so bald wie möglich umzusetzen und Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Minsker Gruppe aufzunehmen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Außenminister



Die Außenminister billigten bei ihrem Treffen am 12. Oktober in Luxemburg grundsätzlich Sanktionen gegen diejenigen, die mit der Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Navalny in Verbindung stehen, sowie gegen weitere belarussische Beamte, darunter Alexander Lukaschenko. Sie verurteilten die Eröffnung der "Geisterstadt" Varosha in der besetzten Zone Zyperns und forderten die Einhaltung des Waffenstillstands in Berg-Karabach. Die Minister zogen auch Bilanz über die seit 2004 laufende militärische Operation "Althea" in Bosnien und Herzegowina und riefen zur Wiederaufnahme des Dialogs mit der Region Lateinamerika und Karibik auf... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gerichtshof :

Urteil zur Vorratsdatenspeicherung



Ein nationales Gesetz darf Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste nicht die allgemeine, undifferenzierte Übertragung oder die vorsorgliche Speicherung personenbezogener Verkehrs- oder Standortdaten auferlegen, entschied der Gerichtshof am 6. Oktober. Die Richter erkannten jedoch "die Nützlichkeit einer Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung zum Schutz der nationalen Sicherheit und zur Verbrechensbekämpfung" an, vorausgesetzt, dass die Vorratsdatenspeicherung und der Zugang zu den Daten begrenzt und differenziert sind. Der Gerichtshof wurde von französischen, belgischen und britischen Gerichten in drei verschiedenen Fällen angerufen. Das Thema war Gegenstand eines Rundtischgesprächs und einer Veröffentlichung der Stiftung im April 2019... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Ungarische Gesetzgebung zu Hochschulen abgelehnt



Am 6. Oktober lehnte der Gerichtshof ein ungarisches Gesetz zu Hochschulen, die auf ungarischem Territorium von ausländischen Institutionen betrieben werden, ab. Das Gesetz von 2017, das hauptsächlich die Central European University betraf, verpflichtete Universitäten dazu, die einen ausländischen Abschluss vergeben, dass sie auch im entsprechenden Ausland einen Campus haben. Ihr Betrieb in Ungarn musste vertraglich mit diesem Land vereinbart werden. Der Gerichtshof befand, dass die Gesetzgebung gegen eine nichtdiskriminierende Behandlung und den freien Dienstleistungsverkehr verstößt, die beide durch die WTO, das Unionsrecht und die Charta der Grundrechte garantiert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zwei neue Richter treten ihr Amt an



Die lettische Richterin Ineta Ziemele und der tschechische Richter Jan Passer traten am 6. Oktober ihr Amt als Richter des Gerichtshofs für eine Amtszeit von vier Jahren an. Anlässlich dieser beiden Neueinsetzungen fand in Luxemburg eine feierliche Sitzung statt... [Fortsetzung](#)

[Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Bericht über Kunststoffabfälle



Laut einem Analysedokument, das am 6. Oktober vom Europäischen Rechnungshof veröffentlicht wurde, muss die Kommission ihre Recyclingpolitik verstärken, wenn sie ihr Ziel von 55% recycelten Kunststoffabfällen bis 2030 erreichen will. Dieses Ziel läuft Gefahr, durch künftige Beschränkungen des Abfallrecyclings und insbesondere durch das erweiterte System der Herstellerverantwortung zur Förderung der Recyclingfähigkeit sowie durch das Verbot der Verbringung von Abfällen in Länder außerhalb der EU untergraben zu werden. Die Erhöhung der Recyclingkapazitäten in der EU und die Schaffung eines wirksamen Präventivrahmens gegen illegale Abfallverbringungen sollten von der Kommission in Betracht gezogen werden, um ihre Strategie zu verwirklichen... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Anstieg der Cyberkriminalität



In einem am 5. Oktober veröffentlichten Bericht über die Cyberkriminalität im Jahr 2020 stellt Europol fest, dass die Pandemie und der Lockdown zu "bedeutenden Veränderungen und kriminellen Innovationen" geführt haben. Cyberkriminelle konnten die Zunahme der im Internet verbrachten Zeit ausnutzen, um mehr Daten zu stehlen und den Verkauf von gefälschten Medikamenten gegen Covid-19 zu steigern. Der Bericht unterstreicht den Mangel an angemessenem Schutz auf einer großen Anzahl von Computern... [Fortsetzung](#)

Eine Frau wird an die Spitze der EBWE gewählt



Odile Renaud-Basso, seit 2016 Generaldirektorin des französischen Schatzamtes, wurde am 8. Oktober von den Aktionären und dem Gouverneursrat der Bank zur Präsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) gewählt. Sie ist die erste Frau an der Spitze dieser Bank, die sich im Besitz von 69 Ländern, der Europäischen Union und der Europäischen Investitionsbank befindet. Sie wird ihr Amt bis Ende des Jahres am Hauptsitz der EBWE in London antreten... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Präsentation des Sanierungsplans



Der spanische Premierminister Pedro Sanchez hat am 7. Oktober ein Konjunkturprogramm vorgestellt, das mit 72 Milliarden Euro aus dem Europäischen Konjunkturfonds finanziert wird, zu dem im Jahr 2021 27 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt hinzukommen werden. Er nannte 10 Prioritäten, darunter Infrastruktur (12% der Mittel), Bildung und Ausbildung (18%), Modernisierung der Industrie (17%) sowie Wissenschaft und Innovation (17%). In Übereinstimmung mit den von der Europäischen Kommission festgelegten Zielen werden die öffentlichen Investitionen im Zusammenhang mit dem ökologischen Übergang mehr als 37% der Gesamtmittel des Plans ausmachen... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Die neonazistische Partei "Goldene Morgenröte" wird von der Justiz als "kriminelle Organisation" bezeichnet



Der Athener Strafgerichtshof entschied am 7. Oktober, dass die neonazistische Partei "Goldene Morgenröte" eine "kriminelle Organisation" sei. Der Parteigründer Nikos Michaloliakos, sechs ehemalige Abgeordnete und der Europaabgeordnete Ioannis Lagos wurden der "Führung einer kriminellen Organisation" für schuldig befunden. Etwa 40 weitere Personen, darunter ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wurden wegen "Mitgliedschaft" in einer solchen Organisation verurteilt. Sie werden ihre Strafen bei einer späteren Anhörung erfahren. Ihnen drohen zwischen 5 und 15 Jahren Gefängnis. Das Gericht befand das Parteimitglied Yorgos Roupakias für schuldig, den Rapper Pavlos Fyssas 2013 ermordet zu haben. Ihm droht eine lebenslange Haftstrafe... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Entschärfung der Gesetze für Migranten



Geldstrafen belegt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Neuordnung der Regierung



Die neue polnische Regierung wurde am 6. Oktober nach einer Umbildung vereidigt, um die Spannungen zwischen der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Premierminister Mateusz Morawiecki und zwei Minderheitsparteien in der Regierungskoalition zu lösen. Der PiS-Vorsitzende Jaroslaw Kaczynski, der die eigentliche Inspiration für die Politik der Regierung war, wurde stellvertretender Premierminister mit Autorität über die Minister für Justiz, Verteidigung und Inneres. Die Regierung wird von 20 Ministern auf 14 und nur noch eine Frau reduziert... [Fortsetzung](#)

Strafe gegen gazprom



Das polnische Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz (UOKiK) verhängte am 7. Oktober eine Geldbuße in Höhe von 29 Milliarden Zloty (6,45 Milliarden Euro) gegen das russische Unternehmen Gazprom für den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland. Gegen die 5 Partnerunternehmen von Gazprom bei diesem Projekt, Engie Energy, Uniper, OMV, Shell und Wintershall, wurde eine Geldbuße von insgesamt 34 Millionen Zloty (52 Millionen Euro) verhängt. Die UOKiK stellte fest, dass Nord Stream 2 und die Partnerschaft zwischen den sechs Unternehmen gegen die Wettbewerbsregeln verstößt und zu einer verstärkten Abhängigkeit der Gasverbraucher von einem einzigen Lieferanten, Gazprom, führt... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Ein harter Brexit würde das Risiko des Terrorismus in Nordirland erhöhen



Am 5. Oktober veröffentlichte der parlamentarische Geheimdienst- und Sicherheitsausschuss von Großbritannien einen Bericht über den Terrorismus in Nordirland. Die Abgeordneten warnen, dass ein harter Brexit und die Rückkehr einer physischen Grenze auf der irischen Insel das Risiko einer Rückkehr zur Gewalt erhöhen würde, da die neue Infrastruktur "sowohl ein Angriffsziel als auch eine Rekrutierungsgrundlage für dissidente republikanische Gruppen" wäre. Die Frage Nordirlands und die Aufrechterhaltung des Karfreitagsabkommens von 1998, das der Gewalt ein Ende setzte, ist seit Beginn der Brexit-Verhandlungen eine Priorität für die Union... [Fortsetzung](#)

Europäischer Menschengerichtshof :

Androhung von Sanktionen gegen die Türkei



Am 6. Oktober kündigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte an, dass er nach der Eskalation der Spannungen in Berg-Karabach Artikel 39 gegen "alle direkt oder indirekt in den Konflikt verwickelten Staaten, einschließlich der Türkei" anwenden wird, wenn sie die Rechte aus der Konvention verletzen. Artikel 39 ist ein Dringlichkeitsverfahren, das es ermöglicht, vorläufige Maßnahmen gegen jeden Vertragsstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention zu ergreifen, der angeblich gegen die Konvention verstößt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

WTO :

Internationaler Handel zeigt Anzeichen einer Erholung



Die Welthandelsorganisation (WTO) stellte am 6. Oktober ihre Prognosen für den internationalen Handel vor, der aufgrund der Auswirkungen der Pandemie im Jahr 2020 voraussichtlich um 9,2% schrumpfen wird, bevor er 2021 wieder um 7,2% ansteigt. Der Rückgang der Handelsströme würde schließlich weniger stark ausfallen als erwartet (-12,9%, die von der WTO im April 2020 erwartet wurden), aber die Zahlen für die Erholung könnten auch nach unten korrigiert werden, da die Pandemie "ein außergewöhnlich hohes Maß an Unsicherheit" geschaffen hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF :

Bewertung der Auswirkungen des Lockdowns auf die Wirtschaft und die Pandemie



Am 6. Oktober zeigt sich die geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, optimistisch, dass die Weltwirtschaft aus den Tiefen der Krise herauskommt. Aber es ist noch lange nicht vorbei. Alle Länder stehen vor dem "langen Aufstieg" - einem schwierigen Aufstieg, der lang, ungleichmäßig und ungewiss sein wird. Dabei wird jeder auch von Rückschlägen betroffen sein". In einer am 8. Oktober veröffentlichten Studie über die Auswirkungen von Lockdown-Massnahmen weisen Francesco Grigoli und Damiano Sandri darauf hin, dass eine der bleibenden Lehren aus der COVID-19-Pandemie darin besteht, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nur möglich ist, wenn die Gesundheitskrise gelöst wird..... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Lille, Welthauptstadt des Designs



Die Designwoche findet bis zum 18. Oktober in Lille, der Welthauptstadt des Designs 2020, statt. Im TriPostal, am Gare Saint-Sauveur, in den POC-Häusern und an anderen Veranstaltungsorten finden Workshops, Debatten und Treffen mit zahlreichen Designern statt. Im Rahmen der Ausstellung "Emergences" präsentieren Studenten und junge Absolventen ihre Ideen für eine Welt im Wandel zu zeitgenössischen Themen wie künstliche Intelligenz, Interkulturalität, Pflege oder Sicherheit im öffentlichen Raum... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jean Dubuffet, ein Barbar in Europa



Das Ethnographische Museum Genf (MEG) zeigt bis zum 28. Februar 2021 die Ausstellung "Jean Dubuffet, ein Barbar in Europa", eine Hommage an den Besuch des Künstlers in der Nachkriegsschweiz, der für die Definition der "Art Brut" entscheidend war... [Fortsetzung](#)

Die Jablonka Sammlung in der l'Albertina



Noch bis 21. Januar 2021 zeigt die Albertina in Wien die Ausstellung "Meine Generation", die 110 Werke der amerikanischen und deutschen Kunstszene der 1980er Jahre aus der Sammlung des Kunsthändlers Rafael Jablonka präsentiert... [Fortsetzung](#)

Esperimento, Kunst und Wissenschaft in den Uffizien



Die Uffizien in Florenz zeigen bis zum 24. Januar 2021 eine Ausstellung über die Beziehung zwischen Kunst und Wissenschaft, die sich um das Gemälde "An Experiment on a Bird in the Air Pump" von Joseph Wright gruppiert, eine Leihgabe der National Gallery in London, die zum ersten Mal in Italien gezeigt wird... [Fortsetzung](#)

Manifesta, Europäische Biennale für zeitgenössische Schöpfungen



Die Ausgabe der europäischen Biennale für zeitgenössisches Schaffen Manifesta, die in Marseille eröffnet wurde, zeigt bis zum 29. November die Ausstellung Traits d'union.s, die in 6 Kapiteln (Das Haus, die Zuflucht, das Hospiz, der Hafen, der Park und die Schule), in mehreren Museen von Marseille und an unerwarteteren Orten präsentiert wird... [Fortsetzung](#)

"Warschau im Bau" im Museum für Moderne Kunst



Bis zum 17. Januar 2021 veranstaltet das Museum für Moderne Kunst Warschau die Ausstellung "Warschau im Bau", eine Veranstaltung, die eine Reflexion über den Aufbau des Gemeinschaftslebens durch Architektur und Stadtplanung anregt. Die Ausstellung wird von Konferenzen und Debatten über die Verbindung zwischen Architektur und Zusammenleben begleitet... [Fortsetzung](#)

Der "amerikanische Traum" in Madrid

Bis zum 31. Januar 2021 präsentiert der Kulturraum CaixaForum in Madrid die Entwicklung der grafischen Künste in den Vereinigten Staaten seit 1960 anhand der Werke großer Künstler wie Lichtenstein, Judd, Warhol und Kooning, die hauptsächlich aus dem British Museum stammen. Themen werden unter anderem Bürgerrechte, der



Kalte Krieg, der Wettlauf ins All, feministische Bewegungen und viele andere sein... [Fortsetzung](#)

"Le rire de Cabu" in Paris



Bis zum 19. Dezember ist eine Ausstellung im Pariser Rathaus dem Pressekarikaturisten Cabu gewidmet, der am 7. Januar 2015 in der Redaktion von Charlie Hebdo ermordet wurde. Mehr als 350 Originalzeichnungen werden auf einer Reise präsentiert, die die Figuren des Karikaturisten, seine Karikaturen und seine Lieblingsthemen wie die französische Gesellschaft, Ökologie, Pazifismus und Meinungsfreiheit zusammenbringt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Buchmesse in Frankfurt am Main



Die Frankfurter Buchmesse, Europas größtes Verlagsereignis, findet vom 14. bis 18. Oktober in digitaler Form statt. An den üblichen Veranstaltungsorten wird es keine Stände geben, aber 80 Veranstaltungen werden in Buchhandlungen in der ganzen Stadt stattfinden, während Konferenzen, runde Tische und Lesungen online übertragen werden... [Fortsetzung](#)

Agenda :



13. Oktober 2020

Videokonferenz

Treffen der Minister für Arbeit, Soziales und Gleichberechtigung
Luxemburg

Rat Allgemeine Angelegenheiten



14. Oktober 2020

Videokonferenz

Dreigliedriger Sozialgipfel



15. Oktober 2020

Videokonferenz

Informelles Treffen der Telekommunikationsminister



15. bis 16. Oktober 2020

Brüssel

Europäischer Rat



19. bis 20. Oktober 2020

Luxemburg

Rat für Landwirtschaft und Fischerei

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)